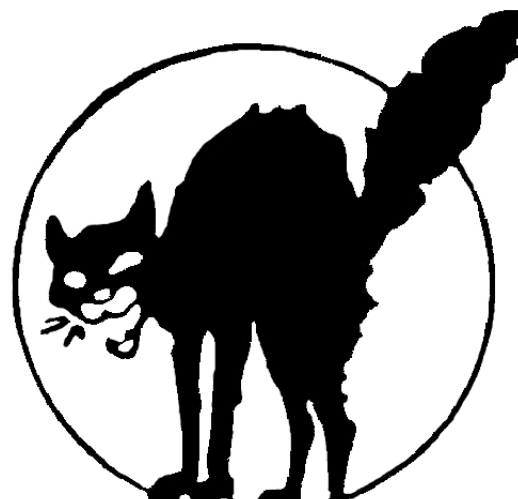


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



Ägypten ein Jahr danach

Vor einem Jahr entstand in Ägypten eine Bewegung auf den Strassen und in den Fabriken. Über erstere wurde viel geschrieben, über zweitere viel weniger - ein Jahr danach finden sich kaum Infos über die Streik- und Gewerkschaftsbewegungen in Ägypten und über die Repression gegen die Arbeiter_innen durch die Militärjunta. Dieser Artikel soll Abhilfe schaffen



Editorial

Drei schweizer Konzerne haben es sich selbst eingebrockt, dass sie im Blick der Öffentlichkeit stehen: Adecco, ABB und Roche. Die drei Multis haben auf den ersten Blick nichts gemeinsam - im Umgang mit Arbeiter_innen zeigt sich aber ihr wahres Gesicht: Roche hat in Polen einen Gewerkschafter entlassen, weil er es wagte, statt Scheinselbständigkeit eine Festanstellung zu fordern. ABB, Adecco und die spanische Temporärfirma EULEN mauscheln seit Monaten, damit ABB die organisierten Arbeiter_innen in Córdoba loswerden kann. Berichte zu beiden Fällen findet ihr in der aktuellen Ausgabe.

Die drei Unternehmen stehen nicht allein da, es gibt in der Schweiz viele andere Firmen, welche sich um Rechte und Gesundheit ihrer Arbeiter_innen einen feuchten Dreck scheren (im Ausland, hier sind sie ‚brav‘): Nestlé ist immer wieder ein Kandidat, für eine solchen Liste. Die Zusammenarbeit mit Paramilitärs in Kolumbien, um ‚aufsässige‘ Gewerkschafter_innen ‚loszuwerden‘, ist vielen bekannt. Dann gibt es die Eternit AG, welche hunderte Arbeiter_innen in den Krebsdud schickte, weil Asbestfasern so praktisch waren. Der Zementkonzern Holcim schafft in seinen Werken in Indien, Marokko und Guinea eine Zweiklassenarbeiter_innenschaft: Temporär Angestellte verdienen teilweise massiv weniger als die Festangestellten – auch wenn sie die selbe Arbeit verrichten. Um zu zeigen, dass nicht alle Firmen in der Schweiz zahm sind, das Beispiel Strabag: Der Baukonzern liess bei Minustemperaturen draussen weiterarbeiten. Aufgrund der Witterung und der Hetze kam ein Arbeiter ums Leben.

Die Beispiele zeigen: Mit ein paar Blättern Papier und ein paar schnörkligen Unterschriften ist die Arbeit nicht getan. Wir müssen uns selbst zur Wehr setzen, sowie auf unseren Rechten und auf Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse bestehen!

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Harter Kampf bei ABB-Córdoba...3
- Chile rüstet auf - auch juristisch...4
- Die Schweiz am rechten Rand.....4
- Roche feuert Gewerkschafter.....6
- Krise als Chance.....7
- Freeter Zenpai Roso.....7
- Die öffentliche Mitwirkung.....10
- Kritik und Utopie.....12
- Kultur.....14
- Rechtliches.....16

Am 30. Januar, nur fünf Tage nach der Revolution, wurde die Ägyptische Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften gegründet. Dies ist die erste erfolgreiche Föderation seit der Monopolisierung der Gewerkschaftsbewegung durch den staatlich kontrollierten Ägyptischen Gewerkschaftsbund 1957. Seit der Gründung der Gewerkschaftsföderation konnten in ganz Ägypten rund 300 unabhängige Gewerkschaften, mit einer Mitgliedschaft von fast zwei Millionen Arbeiter_innen gegründet werden.

Aber fast ein Jahr später sind diese Gewerkschaften immer noch nicht durch die Interimsregierung anerkannt. Viele

(weiter auf Seite 2)

Ägypten (von Seite 1)

Arbeiter_innen finden deshalb, dass eine Veränderung der Umstände erst noch kommen müsse, dies trotz deren wichtiger Rolle in den Protesten, welche den früheren Präsidenten Hosni Mubarak aus dem Amt gedrängt haben. „Die Arbeiter_innen fühlen sich immer noch an den Rand gedrängt, also so wie sie sich auch unter dem Mubarak-Regime fühlten“, sagt Mahmoud Rihan, einer der führenden Organizer der kürzlich gegründeten Föderation der Transportarbeiter_innen.

Rihan und andere Gewerkschaftsführer trafen sich am 17. Januar an einer Konferenz unter dem Motto „Arbeiter und Revolution“, um zu diskutieren, wie die Zielsetzung „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ für den Grossteil der ägyptischen Arbeiter_innen

Streik- und Anti-Protest-Gesetze anrennen und dass sich dies verbindet mit der immer noch vorhandenen Kultur des Mubarak-Regimes in vielen Unternehmen und Institutionen. „Administrative und finanzielle Korruption grassieren immer noch in der ägyptischen Post und in anderen Unternehmen“ sagt Osama Abdel Latif, ein Organizer der Unabhängigen Gewerkschaft der Postarbeiter_innen, „der Körper dieses korrupten Regimes bleibt am Leben und intakt.“

Die Aktivist_innen verlangen Vollzeitverträge für Vollzeitarbeit, ein Mindestlohn von 500 ägyptischen Pfund (rund 76 Franken), einen Maximallohn von nicht mehr als das zehnfache des Mindestlohns, die Anerkennung der unabhängigen Gewerkschaften, ein Gesetz welches Gewerkschaftsrechte festschreibt, die

unabhängigen Gewerkschaften durch den Staat. Deren Mitglieder sind im Moment nicht durch das Gewerkschaftsrecht geschützt, denn dieses besagt, dass der Ägyptische Gewerkschaftsbund, die einzige gesetzlich erlaubte Gewerkschaftsföderation ist.

Obwohl ein Entwurf für ein Gesetz über Gewerkschaftsrechte im letzten Jahr formuliert und fertig gestellt wurde, zeigte die herrschende Militärjunta in den letzten drei Monaten keinerlei Interesse an der Inkraftsetzung. Die Arbeiteraktivist_innen an der Konferenz kritisierten den Militärerrat, dass diese im April ein neues Gesetz in Kraft setzen wird, welches Streiks und Proteste kriminalisiert, während das bereits formulierte Gesetz über Gewerkschaftsrechte in der Versenkung verschwindet.

Die Bedrohung der Privatisierung

Die Militärjunta und der Premierminister Kamal al-Ganzouri versperren aktiv den Weg zum Fortschritt in Bezug auf eine Arbeitsmarktreform, findet Khaled Ali, ein Arbeitsrechtsanwalt und der Direktor des Egyptian Center for Economic and Social Rights. Zusätzlich, sagt er, widersetzten sie sich aktiv der gerichtlich angeordneten Wiederverstaatlichung von Firmen. „Privatisierung ist das grösste Verbrechen an einer Volkswirtschaft“ meint Ali, „Dies sind nicht meine Worte, sondern eher die Erkenntnis der Richter am Verwaltungsgericht.“

Während den Privatisierungen unter dem Mubarak-Regime verloren tausende Arbeiter_innen ihre Jobs, als ihre Fabriken an Privatbesitzer_innen verkauft wurden. Ali spricht davon, dass 128 Firmen während Ganzouris erster Amtszeit privatisiert wurden. Unter den Premierministern, die unter Mubarak von 2004 bis 2011 im Amt waren, hat nur Ahmed Nazif eine grössere Anzahl an Firmen privatisiert. Die vom Militärerrat eingesetzte Interimsregierung ist voll von früheren Mitgliedern von Mubaraks Privatisierungsausschuss: Unter anderem Ganzouri, Feldmarschall Hussein Tantawi, die Ministerin für internationale Kooperation und Planung Fayza Abouelnaga und der Elektrizitätsminister Hassan Younis.

Das Verwaltungsgericht hebte im September die Privatisierung von drei Unternehmen auf, mit der Begründung, dass diese illegal unter ihrem Marktwert



„Die Föderation der unabhängigen Gewerkschaften unterstützt die Forderungen der Revolution und ruft zum Generalstreik auf“, Tahrir-Platz 2011

erreicht werden kann. Die Konferenz, die im Center for Socialist Studies in Giza stattfand, konzentrierte sich auch auf die Kampagne „Die Fabrik und der Platz sind eins“, welche das Ziel hat, die Kämpfe der Protestierenden in den Strassen mit denen der Arbeiter_innen an ihren Arbeitsplätzen zu verknüpfen.

Unerfüllte Forderungen

Die Arbeiter_innen haben in den letzten Monaten nur wenige konkrete Siege errungen. Viele Arbeiteraktivist_innen sprechen davon, dass sie gegen die vom obersten Militärerrat verhängten Anti-

Entfernung korrupter Beamt_innen aus staatlichen Institutionen und Firmen und die Wiederverstaatlichung von privatisierten Unternehmen.

Abdel Latif meint, dass diese Ziele nur mit viel Hartnäckigkeit erreicht werden können. „Soziale Gerechtigkeit werden wir niemals gewährt bekommen“ sagt er, „Sie kann nur durch die Zusammenarbeit und die vereinigten Kämpfe der Arbeiter_innen erreicht werden.“

Eines der grössten Hindernisse, welches die gewerkschaftliche Organisierung zu überwinden hat, ist die Anerkennung der

an Investor_innen verkauft wurden. Indorama Shebin Textile Company, die Tanta Flax and Oils Company, und die Nasr Company, welche Dampfkessel herstellt, sollen in den öffentlichen Sektor zurückkehren. Die Privatisierungsverträge von zwei weiteren Firmen, der Omar-Effendi-Kaufhäuser und die Nile Cotton Ginning Company, wurden durch Richtsprüche des Verwaltungsgericht im Mai und Dezember ebenfalls annulliert. Das Ministerium für Investitionen hat allerdings vor kurzem in einem Versuch die Urteile umzustossen Berufung gegen diese eingelegt.

„In Übereinstimmung mit den Gerichtsurteilen, müssen wir Arbeiter_innen unsere Pflicht erfüllen und dafür sorgen, dass diese Unternehmen wiederverstaat-

licht werden“ meint Gamal Othman, ein Arbeiteraktivist der Tanta Flax and Oils Company, „wir werden mit unseren Kämpfen für die Wiederverstaatlichung unserer Unternehmen fortfahren. Damit werden wir unsere Jobs und die Volkswirtschaft schützen.“

Das Versagen der Interimsregierung die Rechte der Arbeiter_innen anzuerkennen, meinen Aktivist_innen, bedeute dass sie den 25. Januar nicht nur als ein Jahrestag wahrzunehmen, sondern auch als Anstoss um den Kampf um die Rechte der ägyptischen Arbeiter_innen wieder aufzunehmen.

Jano Charbel
Übersetzung: smf

Anmerkung

Dieser Text wurde vor dem Jahrestag der ägyptischen Revolution im Januar 2012 von Jano Charbel geschrieben. Charbel ist ein Anarchosyndikalist und von Beruf Journalist. Charbel hat diesen Text für eine Zeitung geschrieben und auch auf seinem Blog she2i2.blogspot.com veröffentlicht. Da dieser Artikel eine gute Übersicht über die aktuelle Lage und Kämpfe der Arbeiter_innen in Ägypten bietet, wurde er hier abgedruckt.

smf

Harter Kampf bei ABB-Córdoba

Unbeachtet von der schweizer Öffentlichkeit findet seit einigen Monaten in Spanien ein harter Arbeitskampf statt, bei welchem zwei schweizer Konzerne eine wichtige Rolle spielen

Vor rund zwei Jahren begann ein Konflikt bei ABB Córdoba, eines spanischen Werks des schweizerischen Maschinenbaukonzerns. ABB baute damals feste Arbeitsstellen ab und stellte über das Temporärbüro EULEN zum Teil die gleichen Leute zu schlechteren Arbeitsbedingungen als Temporärarbeitende wieder ein. Seit der Gründung einer Betriebsgruppe der anarchosyndikalistischen CNT vor zwei Jahren, kämpften die EULEN-Angestellten für bessere Löhne, Kollektivverträge und für die direkte Anstellung durch ABB.

Ende 2011 eskaliert der Konflikt: EULEN zieht sich von allen Verträgen mit ABB zurück. In die Lücke springt die ebenfalls schweizerische Adecco. Mit diesem Übergang wurden die Löhne nochmals schlechter und es wurden weitere Rechte der Arbeiter_innen beschnitten. Es ist davon auszugehen, dass diese Strategie von EULEN, ABB und Adecco so abgesprochen war, da sie mit dieser Mausechlei auch die aufsässige Belegschaft loswerden konnten.

Doch die Firmen hatten die Rechnung nicht mit den kämpfenden Arbeiter_innen und ihrer Gewerkschaft gemacht: Diese



„ABB schickt 34 Familien in die Arbeitslosigkeit.“

traten am 22. November 2011 in den Streik und kämpften verstärkt für ihre Forderungen. Nach zwei Monaten Streik und dem Einsatz von Streikbrecher_innen (welche Adecco stellt) fuhr Eulen einen weiteren Frontalangriff gegen die aktiven Arbeiter_innen: Sie wurden von Eulen rausgeschmissen. Doch die Bosse hatten wieder einmal den Kampfwillen der Arbeiter_innen unterschätzt. Denn der Kampf geht weiter, mit der zusätzlichen Forderung, dass die Entlassungen als Vergeltungskündigung anerkannt und deswegen zurückgenommen werden. Seit ihrer Entlassung im Januar wird der Kampf zunehmend internationalisiert. Anarchosyndikalistische Gewerkschaften organisierten Besuche bei Adecco-Niederlassungen in vielen europäischen Ländern und sogar in Argentinien. Die Botschaft der Besuche ist klar: „Adecco = Streikbrecher“ (so das Trans-

parent in Bern). Am 17. Februar rief die Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) zu einem internationalen Aktionstag auf, welcher grossen Anklang fand: In Moskau, Gent, Amsterdam, Berlin, Halle, Hamburg, Caen, den polnischen Städten Warschau, Sosnowiec, Katowice und Gliwice, sowie in verschiedenen spanischen Städten fanden Aktionen statt.

Für den März waren unter anderem Besuche bei den Hauptsitzen von Adecco in Dübendorf und von ABB in Zürich-Oerlikon geplant. Es bleibt zu hoffen, dass der mutige Kampf der ABB/EULEN-Arbeiter_innen mit Erfolg belohnt wird und ein Zeichen gegen Auslagerung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gesetzt werden kann.

smf

Chile rüstet auf - auch juristisch

Zurzeit sind in Chile noch Sommerferien, dies bedeutet dass die Bildungsproteste fast komplett eingeschlafen sind. Doch die ersten Demonstrationen dieses Jahr fanden bereits in den letzten Wochen wieder statt. Der Staat hat sich über die Sommerferien gut vorbereitet: So gibt es zum Beispiel ein neues Tränengas welches zu Orientierungslosigkeit führt und deswegen unter anderem von Amnesty International kritisiert wird. Ausserdem wurden über die Sommermonate mehrere Gesetze zur Bekämpfung der Proteste verabschiedet. Das bekannteste ist das sogenannte „Ley Hinzpeter“ welches nach dem Innenminister benannt ist. Dazu folgt hier ein Text welcher im Januar in der Anarchistischen Zeitschrift „El Surco“ stand.

Zurzeit gibt es in Chile schon mehrere Gesetze, welche unsere Freiheit zur Meinungsäusserung und unser Recht auf Protest einschränken und kriminalisieren. Wir wissen, das nach jeder bedeutenden sozialen Bewegung der Staat mit diesen Gesetzen geantwortet hat und jetzt will die Regierung von Piñera mit weiterer Repression auf das vergangene, anstrengende Jahr antworten.

Während der Zeit um Weihnachten wurde das sogenannte „Ley Hinzpeter“ (Gesetz zur Sicherheit der öffentlichen Ordnung) von der Kommission für nationale Sicherheit des Parlamentes verabschiedet. Dieses Gesetz verschärft die polizeiliche Repression und erhöht deren Aktionsmöglichkeiten.

Dank dem sogenannten „Ley Hinzpeter“ wird es möglich, uns wegen Störens des Verkehrs, dem Blockieren einer Strasse oder dem Besetzen eines öffentlichen oder privaten Gebäudes zu einer Haftstrafe zwischen 541 Tagen und 3

Jahren zu verurteilen. Es ermöglicht ausserdem der Polizei, einfacher und ohne Bescheid eines Staatsanwaltes oder Richters, Fotos und Videos von jeglichen Demonstrationen und Journalisten zu beschlagnahmen.



POR LA LIBERTAD A MANIFESTARNOS

NO A LA LEY HINZPETER LEY DE RESGUARDO DEL ORDEN PÚBLICO

Esta ley antiprotesta castiga hasta con 3 años de cárcel a quienes sólo interrumpen el tránsito o corten una calle.

Permite que la policía sin orden de un juez, te requise fotos y grabaciones de cualquier movilización.

Convierte en delito la ocupación de cualquier establecimiento privado o público como liceos, colegios o universidades.



Coordinadora por la Libertad de Manifestación

www.noaleyhinzpeter.blogspot.com

Plakat gegen das Ley Hinzpeter

Im vergangenen Jahr gab es in Chile mehr als 236 besetzte Bildungsstätten. Ausserdem gab es eine riesige Bewegung welche für eine öffentliche, hochwertige Bildung gekämpft hat. Die Regierung möchte uns sagen, dies sei illegal. So wissen wir, dass der Protest ein geschichtlich wichtiger Teil des Kampfes der Völker gegen die Unterdrückung ist.

El Surco/msd

Übersetzung Plakat

Grosse Überschrift:
Für die Freiheit zu
Demonstrieren!
Nein zum Hinzpeter
Gesetz / Gesetz zur
Bewahrung der öf-
fentlichen Ordnung.

msd

Die Schweiz am rechten Rand

Dass die Schweiz eine starke nationalistisch-konservative Rechte hat, ist mittlerweile über die Landesgrenzen hinaus bekannt: Die Wahlerfolge der SVP und ihre mit dem Menschenrecht kaum vereinbaren Initiativen und Vorstösse lösten selbst in den USA noch Irritationen aus. Doch an manchen Tagen kocht die braune Suppe über und ergiesst sich in Form von offenen hetzerischen Plakaten und Flugblättern bis in die Tagespresse. Ein solcher Moment war Mitte Februar, als über die von der Presse „rassistische Wortspiele“ genannten Plakate der kleinen Ortspartei Widen im Aargau berichtet wurde. Die Plakate stammten ursprünglich von der

Satireseite „Stupipedia“ und sollten die SVP-Politik mit Worten zum Ausdruck bringen, welche von der Partei so nicht gebraucht werden. Doch wie heikel es ist, der grössten schweizer Partei Rassismus in Form von Satire vorzuwerfen, zeigte sich bald: Die Ortspartei fand anscheinend, dass die Entwürfe ihre Gesinnung bestens zur Geltung brächten und stellte sie auf ihre Homepage – notabene unter der Rubrik „RealSVP“.

Die Plakate arbeiten mit Gross- und Kleingedruckten, so dass aus den eigentlichen Sätzen nur Beschimpfungen oder die Parole „Rassismus Ja“ zu lesen ist:

„Viele Schweizer haben ja DRECK am Stecken, aber wenn JUGOSlawen das auch haben, sollte man sie härter bestrafen“

„Wir finden RASSISMUS JA auch schlecht, sagen wir zumindest.“

André Mattenberger, Vizepräsident der betreffenden Ortspartei gab nach Angaben des Gratisblättchens 20 Minuten zu den Plakaten bereitwillig Auskunft – und war sich keinerlei Fehler bewusst. Das Interview wurde später, wahrscheinlich auf Druck der SVP Schweiz, zurückgezogen. Vermutlich wäre dort noch mehr braune Brühe zum Vorschein gekommen. Sein

Interview nicht zurückgezogen hat allerdings der Präsident der nächsthöheren Hierarchiestufe der Partei: Andreas Glarner wurde in der Vergangenheit bereits durch islamophobe Slogans wie „Maria statt Scharia“, sowie durch seine Mitgliedschaft bei der rechtsextremen „Pro-Köln“ bekannt und mochte sich deswegen auch

So weit so braun, doch dass das Problem nicht auf die SVP begrenzt ist, zeigt sich in der Berichterstattung: Die Medien verurteilten zwar die gross gedruckten Beschimpfungen und Parolen, doch gegen die klein gedruckten Sätze sagte fast niemand etwas, obwohl diese genau gleich rassistisch sind. Die schweizer Presse

plett aufgehoben werden. Ausserdem fordert die CVP „Internierungslager“ für „widerspenstige“ Asylbewerber_innen. Dass diese Forderungen die Alarmglocken klingeln lassen sollten, ist Darbellay egal: „Ich habe Mühe damit, wenn man die Menschenrechtskonvention immer als Ausrede nimmt.“ Der SP sind die Forderungen bloss zu pauschal. Sie fordern, dass man die Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Balkan nicht einfach als Wirtschaftsflüchtlinge „abgestempelt“ werden. Mit dem Rest scheinen sie keine Probleme zu haben, verkürzte Fristen wollen die Sozialdemokrat_innen sogar selber: Rechtsextreme Ideen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

In dieses Bild passt denn auch, dass der Widerstand gegen die braune Brühe von kaum jemandem getragen wird und vom Staat kriminalisiert wird. Als am 10. September in Diepoldsau rund 40 Antifaschist_innen gegen die Europäische Aktion (ein Zusammenschluss von Neonazis und anderen Rechtsextremen) demonstrierten, wurden sie von der Polizei eingepackt. Dies obwohl die Demo friedlich verlief und bewusst nicht die Konfrontation mit der Polizei gesucht wurde (es wurden im übrigen auch keine Rechtsextremen angegriffen). 44 Antifaschist_innen wurden mit Bussen zwischen 1400 CHF und 2000 CHF abgeurteilt. Der (äusserst) kleine und friedliche Protest kostet somit allein an Bussen rund 60'000 CHF.

smf



nicht vom Inhalt der Plakate distanzieren und zwar mit folgender Begründung: Er könne sich ja auch nicht davon distanzieren, denn dafür müsse man den Inhalt ja selber gemacht haben. Für Glarner ist es bloss „ungeschickt, dass man dies aufgeschaltet hat.“ Dass eine Sektion der SVP mit (mehr als) grenzwertigen Slogans um sich schmeisst ist kein Einzelfall: Es gab zum Thema Einbürgerung auch schon eine Fotomontage einer schweizer Identitätskarte von Bin Laden oder „Linke“ (für die SVP so ziemlich alles, was nicht für sie ist) wurden als Amöben dargestellt.

scheint wohl Slogans, in denen Rechtsungleichheit für „Jugoslawen“ gefordert oder die Verurteilung von Rassismus relativiert werden (siehe Bild oben), als normal anzusehen.

Ein weiteres Beispiel für latent faschistische Ideen lieferte der Präsident der Christlichen Volkspartei: Man solle „Menschenrechte nicht als Ausrede nehmen“ und gegen Immigrant_innen härter vorgehen. In einem 10-Punkte-Programm fordert die CVP, dass Asylgesuche aus dem Balkan oder aus Nordafrika innerhalb von zehn Tagen behandelt werden und dass ihre Rekursmöglichkeiten kom-

Bauarbeiter stürzt zu Tode

In Alvaschein (GR) bei Thuisis wird Mitte Februar trotz 18 Grad unter Null und Schnee unter freiem Himmel eine Arbeitsbühne über einem offenen Schacht zurückgebaut. Ein 36-jähriger Arbeiter zersägt die Bretter einer Arbeitsbühne, damit sie demontiert werden kann. Wegen Schnee und Schmutz sieht der Arbeiter nicht, dass zwei Bretter nicht durchgehend verlaufen. Sie halten nur noch, weil die Bretter wegen den eisigen Temperaturen an darunter verlaufenden Stahlträgern fest gefroren sind. Als er auf sie tritt, geben sie nach. Er stürzt zehn Meter in die Tiefe und stirbt.

Arbeiter beklagten sich über Kälte

Ein Arbeiter betont, dass die Firma gewusst habe, dass die Arbeit zu gefährlich sei: „Wir haben einem Bauleiter noch er-

klärt, die Arbeit sei zu gefährlich. Denn die Plattform ist mit Schnee und Sägemehl bedeckt und vereist gewesen.“ Alle anderen Aussenbaustellen in der Region waren zu diesem Zeitpunkt bereits dicht gemacht, doch die Strabag liess weiter arbeiten. Die Arbeiter waren übrigens auch alle erfahren, sie hatten bereits für Strabag auf der Neat-Baustelle gearbeitet.

Üble Berichterstattung

Als sei der Unfall nicht schon schlimm genug, machte sich die schweizer Presse über den toten Bauarbeiter lustig, da er auf den Brettern gestanden habe, welche er durchgesägt habe. Einen Bericht über den „dämlichen“ Bauarbeiter wurde sogar auf den Blog „DarwinPreis.de“ gestellt. Der Darwinpreis wird an Leute verliehen, die sich

auf besonders dumme oder ungeschickte Art töten. Den Reporter_innen und Schreiberlingen fehlt also jegliche Einsicht bezüglich der Hintergründe des Unfalls. Dass der Unfall mit der schlechten vertraglichen Sicherheit (kein GAV) und zunehmend miserablen Arbeitsbedingungen und einem immensen Druck zusammen hängt, ist eigentlich offensichtlich.

Im Herbst wurde von den Zentralgewerkschaften und den Bossen wieder einmal ein Papier unterzeichnet, welches dazu verpflichtet bei Gefahr die Arbeit einzustellen. Dass diese Verträge, Chartas und wie sie alle heissen aber einen feuchten Dreck wert sind, wenn sich die Bauarbeiter_innen nicht wehren, zeigt das aktuelle traurige Beispiel.

smf

Roche feuert polnischen Gewerkschafter

Am 19. Dezember 2011 entliess der schweizer Pharmagigant Roche grundlos einen Gewerkschaftsaktivisten. Er wurde wahrscheinlich entlassen, weil er in einem längeren Zeitungsartikel mit Namen erwähnt wurde und eine Festanstellung direkt bei Roche wollte. Da er bei Roche als Scheinselbstständiger angestellt war, musste er den Arbeitsplatz auf der Stelle verlassen. Dies ist durchaus kein Einzelfall sondern ein Beispiel für die Konzernpolitik in Polen. Roche beschäftigt dort viele TemporärarbeiterInnen, aber auch eine große Anzahl Scheinselbstständige und illegal Beschäftigte. Um zu verhindern, dass ArbeiterInnen die ihnen zustehenden Rechte erhalten - bezahlte Ferien, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Schwangerschaftsurlaub, soziale Absicherung, Abfindungszahlungen - werden die Angestellten aufgefordert sich selbstständig zu machen und dann durch ein vermittelndes Unternehmen entlohnt.

Die Taktik, gewerkschaftliche Organisation zu zerschlagen und Menschen illegal anzustellen, steht in krassem Gegensatz zu der Ethik, der Roche folgen will. Auf ihrer Homepage steht:

Als weltweit tätiger Konzern bekennt sich Roche zu hohen ethischen Massstäben. Danach verpflichten sich Roche und die Mitarbeitenden, alle lokalen, nationalen

und internationalen Gesetze einzuhalten. Die Basis dieser ethischen Massstäbe und Verpflichtungen sind unsere Konzerngrundsätze und die Roche Werte „Integrität - Mut - Leidenschaft“.

Die „Roche-Werte“ Mut und Leidenschaft gelten anscheinend nicht für ArbeiterInnen, welche für ihre Rechte eintreten wollen und Integrität wird anscheinend nur von den ArbeiterInnen verlangt. Roche erhält nämlich staatliche Subventionsgelder zur Schaffung von Arbeitsplätzen, also Geld, um die ArbeiterInnen direkt bei Roche anzustellen.

Eine Änderung in der Geschäftspolitik (nicht nur von Roche) ist bitter nötig: In der EU ist Polen inzwischen die Nr.1 bei der Beschäftigung mit „Müllverträgen“ und der Anteil an TemporärarbeiterInnen stieg letztes Jahr um rund 40%. Von 100 ArbeiterInnen unter 30 Jahren haben weniger als 20% einen regulären Arbeitsvertrag. Scheinselb-



Schluck und vergiss die Arbeitnehmendenrechte - von den Valiumproduzenten

ständige sind in diesen Zahlen nicht enthalten; sie werden einfach als „Geschäftsleute“ deklariert. Schätzungen zufolge hat Polen die höchste Anzahl solcher „Geschäftsleute“ in Europa. Die ArbeitgeberInnen sparen sich so auf dem Buckel der ArbeiterInnen die Kosten von bezahlten Ferien, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Schwangerschaftsurlaub, sozialer Absicherung und bei Entlassungen die Abfindungszahlungen.

Über die nach Redaktionsschluss durchgeführte Aktion der FAU Bern und der polnischen ZSP, berichten wir in der nächsten Ausgabe.

FAU Bern

100 Mio. Arbeiter_innen streikten in Indien

Einer der grössten Streiks brachte Indien an den Rand des Stillstands. Der Streik begann am Montag, dem 27. Februar um Mitternacht und hörte 24 Stunden später wieder auf. Bis zu 100 Millionen indische Arbeiter_innen aus verschiedenen Branchen forderten unter anderem einen Mindestlohn und Festanstellungen.

In den vergangenen Monaten haben radikale Arbeitskämpfe in Indien zugezogen: Es gab einen Streik für die Anerkennung der Gewerkschaften in der Autobranche, bei welchem unter anderem eine Hyundai-Fabrik für zwei Tage besetzt wurde; das Personal bei Air India trat in einen wilden Streik und Telekom-Arbeiter_innen und Bergarbeiter_innen legten aus Protest gegen die Privatisierungspläne der Zentralregierung die Arbeit nieder.

Zum Streik wurde von mehr als einem Dutzend Gewerkschaften aufgerufen. Die

verschiedenen Gewerkschaften haben unterschiedliche Forderungen, wie die Gleichstellung von Fest- und Temporärangestellten, die Erhöhung und Ausdehnung des Mindestlohns, die Einrichtung einer staatlichen Sozialversicherung, Rentenerhöhung, Korruptionsbekämpfung und die Verhinderung von Preiserhöhungen.

Das Transport-, Post- und das Bankwesen wurden durch den Streik lahmgelegt. In Mumbai sei das Bankwesen sogar komplett stillgestanden. Die Polizei war in den Strassen präsent

um „illegale“ Blockaden und Pickets zu verhindern, dies führte dazu, dass allein am Morgen des 28. Februars 100 Streikende wegen Behinderung des Verkehrs festgenommen wurden.

smf/libcom.org



Ein Taxifahrer macht es sich in einer bestreikten Taxizentrale gemütlich.

Weltwirtschaftskrise als Chance!

Eine Seminarreihe mit Karl Heinz Roth

Die diesjährige Tour de Lorraine stand unter dem Motto „Wachstumswahnsinn loswerden“. Im Rahmen dieses Anlasses konnte die FAU den Sozialwissenschaftler und Historiker Karl Heinz Roth einladen, um über sein neuestes Buchprojekt „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven“ zu sprechen. Dabei handelt es sich um die Publikation dreier Bücher über die Wirtschaftskrise, ihrer Folgen für soziale Bewegungen und möglicher Gegenperspektiven, wobei jeder dieser drei Punkte in einem separaten Band besprochen wird.

Das erste Buch ist bereits erschienen¹. Dazu gab es am Freitag Abend im Kairo einen Einführungsvortrag. Die Veranstaltung war bis auf den allerletzten (Steh-) Platz gefüllt. Und das gebotene war eindrücklich. Karl Heinz Roth sprach eine Stunde lang ohne Notizen, aber mit detaillierten Analysen, Fakten und einer eingängigen Erzählweise. Anschließend gab er über eine Stunde lang kompetent und klar Antworten auf die Fragen aus dem Publikum.

Der Start der Veranstaltungsreihe war gelungen, und es sollte so weiter gehen. Übermotiviert wie wir sind, genügen uns

zwei Seminarblöcke nicht. So veranstalten wir bereits Samstag Morgen ein Vertiefung der Aspekte des Vortrags. Sogar dieser Anlass war gut besucht. Dabei ging es um eine Analyse der Krise aus einer systemimmanenten Perspektive. Die effektiven Massnahmen der globalen Finanzelite wurden unter die Lupe genommen und auf ihre Wirkungsweisen hin untersucht.

Der zweite Band soll im Herbst bereit sein. In diesem untersucht Karl Heinz Roth, wie die Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit zu neuen Perspektiven und Bewegungen führen kann. Die dazugehö-



Karl Heinz Roth

rigen Thesen haben wir im zweiten Seminar, bzw. im ersten Seminarblock der TdL besprochen. Im dritten und letzten Band, steht dann die Gegenperspektive im Vordergrund. Zu diesem Seminar sind, wie bereits zum Vortrag ca. 70 Leute erschienen, die aus ganz unterschiedlichen Positionen Fragen und Kritiken aufwarfen.

Karl Heinz Roth war bereit an einem sehr umfangreichen Programm teilzunehmen – eigentlich zu umfangreich für ein Wochenende. Daher möchten wir auch weiter darüber diskutieren. Für diese Ausgabe von di Schwarzi Chatz konnten wir nur einen kleinen Bericht beisteuern. Schliesslich wurden am ganzen Wochenende über 100 Fragen an Roth gerichtet. Eine ausführlichere Diskussion folgt in der nächsten Ausgabe, wo wir auf einzelne Thesen und Kritiken eingehen wollen. Gerne würden wir dann auch Eure Meinungen und Eindrücke berücksichtigen oder als Artikel veröffentlichen. Bitte schickt uns doch eure Diskussionen oder Thesen zu. Die weiteren Schritte werden wir dann jeweils mit den Autor_innen diskutieren.

Hier bleibt noch einmal ein Dank an Karl Heinz Roth zu richten und an die vielen, interessierten und kritischen Besucher_innen der einzelnen Veranstaltungen.

s.deo

¹ Karl Heinz Roth 2009: Die globale Krise. Band 1. Hamburg: VSA Verlag. Das Buch kann bei der FAU Bern für 30.- CHF bezogen werden.

Freeter Zenpai Roso

Seit 2004 suchen prekäre ArbeiterInnen in Japan nach neuen Wegen der Organisierung und entdecken dabei den Anarcho-Syndikalismus wieder.

Krise und Neoliberalismus haben Japan bereits vor Jahren erreicht. In der Folge ist die Anzahl prekärer Jobs explodiert. Seit 2004 organisiert sich ein Teil der prekär Beschäftigten in der Gewerkschaft der Freeters, die in der Tradition des japanischen Anarcho-Syndikalismus nach Strategien gegen den japanischen Kapitalismus von heute sucht.

Der japanische Nachkriegs-Traum von der Errichtung einer durch die Mittelklassen bestimmten Gesellschaft liegt

heutzutage begraben unter dem Schutt der allorts präsenten Baustellen.

In Japan rettet sich der Großteil der jungen Menschen von einem befristeten Job in den nächsten, ohne viele Aussichten darauf, jemals einen festen Arbeitsplatz ergattern zu können. Zu diesen jungen Leuten gehört auch der Großteil der UniversitätsabsolventInnen, denen eigentlich einmal die Führungspositionen zugeacht gewesen waren.

Freeter¹ sind eine neue Erscheinung im japanischen Alltag, wo das Versprechen

¹ arubaito/baito: der japanische Begriff für Teilzeit- oder Tagelohn-Jobs ist direkt dem deutschen Wort „Arbeit“ entlehnt. „Freeter“ ist ein Kunstwort aus dem englischen „free“ oder „Freelancer“ und arubaito.

einer lebenslangen Anstellung für die gesamte Nation heute nicht mehr ist als eine Legende aus einer toyotistischen Vergangenheit². Freeter sind Leute, die dazu gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt dauerhaft mit miesen Jobs zu bestreiten. Das also, was man heutzutage als „Prekariat“ bezeichnet.

(weiter auf Seite 8)

² Kaizen, die „kontinuierliche Verbesserung“ ist eine Komponente des Toyotismus. Man versteht darunter eine bestimmte Form der Arbeitsorganisation, die in Japan entwickelt wurde. Begleitet wurde sie dort von weitgehenden Beschäftigungsgarantien, für die Kernbelegschaften einiger strategischer Wirtschaftssektoren, wie z.B. der Automobilindustrie.

Freeter (von Seite 7)

Mittlerweile findet man überall in den Parks, in der Nähe von Flussufern und in anderen freien Flecken immer mehr Leute, die dort unter blauen Planen hausen. Die meisten Obdachlosen sind Männer mittleren Alters, die während der Rezession Mitte der 1990er Jahre ihren Job verloren haben. Einige verbringen die Nacht in der Kabine eines Internet-Cafés, bevor sie sich am nächsten langen Tag wieder auf die Jagd nach einer Arbeitsgelegenheit machen. Was ist ihnen zugestoßen?

Die neoliberalen Reformen

Die Grundlagen der aktuellen Situation wurden unter der Decke der von einer Wachstumsblase begleiteten neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft während der 1980er Jahre gelegt. Die sozialen und öffentlichen Bereiche wurde getreu den Prinzipien einer reinen Marktwirtschaft abgebaut. Das Wohlfahrtssystem wurde ausgehöhlt – das Ergebnis war eine brutale Klassenspaltung. Die Gewerkschaften staatlich kontrollierter Betriebe, einschließlich der mächtigen Kokoro National Railway Union wurden im Zuge der Privatisierungen aufgelöst. Sie wurden mehr oder weniger von Pseudo-Gewerkschaften aufgesogen, die sich den Interessen der Unternehmensgruppen – der Keiretsu – unterordneten.

Bis zu diesem Zeitpunkt konzentrierte sich die prekäre Arbeit – die „industriellen Reservearmee“, wie Marx sie nannte – im Wesentlichen auf die Baubranche. Die Tagelöhner (hiyatoi) lebten ghettoisiert in den heruntergekommenen Wohn- und Rekrutierungskomplexen (Yosebas) der großen Städte – Sanya in Tokio, Kamagasaki in Osaka, Kotobuki-cho in Yokohama und Sasajima in Nagoya.

Diese Arbeiter waren es, die mit Blut und Tränen den japanischen Nachkriegswohlstand schufen³. Trotz ihrer Arbeit aber blieben sie stets an den Rand der japanischen Gesellschaft gedrängt. In Boomphasen auf dem Bau nahm die Schikane durch die Arbeitsvermittler (Tehaishi) stets zu. Verantwortlich dafür waren meistens Gangster (Yakuza), die durch angedrohte oder ausgeübte Gewalt nicht nur einen Teil des Tagelohns einkassierten, sondern auch sonst noch alles, was sie in die Finger bekom-



Mitglieder der Freeter Union protestieren vor der deutschen Botschaft gegen das Verbot der FAU Berlin.

men konnten. Heute sind viele der Yosebas verlassen, weil der Bau-Boom vorbei ist und die Methoden der Rekrutierung sich verändert haben. Anstatt die Tagelöhner mit Kleinbussen in den Yosebas abzuholen, rufen die Vermittler heute einfach zu jeder Tages- und Nachtzeit auf dem Handy an, wenn sie die Leute brauchen. Zeitgleich mit dieser Entwicklung entstanden informelle Jobs in immer mehr Bereichen. Ausgestoßen aus den Fabriken und ihren Ghettos, haben sich die Prekären im Laufe der Zeit immer mehr über das gesamte städtische Gebiet ausgebreitet, ohne dass es noch zentrale Versammlungsorte gäbe.

Freeter vernetzen sich, bevor sie sich organisieren

Dies ist der gesellschaftliche Rahmen, in dem sich 2004 die Allgemeine Freeter Union (Freeter Zenpan Roso, FZR) gegründet hat. Ursprung war die PAFF, ein Netzwerk von JobberInnen, „ArbeiterInnen“⁴ Freeter und migrantischen ArbeiterInnen, die sich mit einigen aktiven StudentInnen zusammengetan hatten. Der Aufruf der PAFF zur Gründung einer Gewerkschaft der Freeter zeigte, in welchem Umfang die Strategien der Finanzkreise und die Arbeitspolitik der Regierung prekäre Bedingungen für einen großen Teil der ArbeiterInnen geschaffen hatte. Die Probleme der Freeter betreffen nicht nur die Freeter selbst, sondern die gesamte arbeitende Bevölkerung.

Hauptsitz der Freeter Union ist nach wie vor Tokio, mittlerweile gibt es aber mit ihr verbundene Gruppen in etlichen anderen Städten. Die Anzahl der formell eingetragenen Mitglieder liegt derzeit bei rund 100,

der Einfluss der Gewerkschaft ist allerdings deutlich größer. Sie hat viele, die mit ihr sympathisieren und eine ganze Reihe von Gruppen in unterschiedlichen Bereichen beziehen sich auf die Freeter Union. Es gibt Gruppen bei den Tagelöhnern, andere, die Obdachlose unterstützen und welche, die aus migrantischen ArbeiterInnen bestehen. Dann ist da noch die antikapitalistische Bewegung, das sind meist AnarchistInnen und andere Antiautoritäre, wie das Sanya Struggling Committee, das Sanya Workers Center. Enge Beziehungen gibt es außerdem zur Tokyo Managers Union⁵, die 1993 gegründet wurde und die jüngere Gewerkschaft jetzt dadurch unterstützt, dass die FZR einen Teil ihrer Büroräume mitnutzen kann. Wie sehr sich die Situation in Japan geändert hat, erkennt man nicht zuletzt daran, dass selbst die Discount-Filialleiter der Managers Union unter der Drohung von Entlassung zu immer weiter steigender Mehrarbeit unter zunehmend prekären Bedingungen gezwungen werden.

Die Ziele

Die Kampagnen der Gewerkschaft bewegen sich weitgehend im Rahmen der Arbeitsgesetze. An den Arbeitsplätzen werden aber auch viele Formen der direkten Aktion angewendet, darunter das Verteilen von Flugblättern, Streikposten, Singen und andere Performances, die von Musik und Aktionen begleitet sind.

Es gibt eine Reihe von Firmen, die von der Freeter Union aufgrund ihrer Praktiken bevorzugt angegriffen werden. Darunter fallen auch jene Arbeitsvermittler, die sich besonders damit hervortun, die Tagelöhner

³ Hiroshi Teshigahara zeichnet in seinem phantastischen Film „Otoschiana“ (engl. The Pitfall) aus dem Jahre 1962 ein beeindruckendes Bild dieser Zeit aus Sicht eines toten Bergarbeiters.

⁴ Der Autor verwendet das Wort „ArbeiterInnen“ im Original. Es bezeichnet in Japan jemanden, der einen Teilzeitjob oder eine ungarantierte Arbeit machen muss.

⁵ Die Tokyo Managers Union ist eine kleine Angestellten-Gewerkschaft, in der sich Beschäftigte aus dem unteren Management organisiert haben, die sich von sozialem Abstieg und vom Druck zum Selbstmord zur Ehrenrettung der Firma betroffen fühlen.

dem Willen der Leihfirmen gefügig zu machen. Heutzutage sehen die Vermittler nicht mehr aus wie finstere Yakuza, sondern eher wie hippe, vielseitige Firmen. Ein typisches Beispiel ist die Goodwill Group (www.goodwill.com). Dort ist die Belegschaft dank der Unterstützung der Freeter Union mittlerweile gewerkschaftlich organisiert.

Die Gewerkschaft kämpft auch gegen Gesetzesvorhaben des Ministeriums für Gesundheit und Wohlfahrt, in deren Folge Niedriglöhne und Prekarität weiter zunehmen würden, so die Freeters Union.

Nach ihrem Arbeitstag treffen sich Mitglieder der Gewerkschaft in ihrem Büro im Shinjuku-Distrikt von Tokio und beantworten telefonische Anfragen. Sie hören sich die Beschwerden genau an und laden die ArbeiterInnen gegebenenfalls in das Büro ein, um den Fall ausführlich zu diskutieren. Da ein Hauptteil der Arbeit zunächst darin besteht, die ArbeiterInnen über ihre Rechte aufzuklären, gibt die Freeter Union das ständig aktualisierte „Freeter Handbook“⁶ heraus.

Um auf die Situation der Freeter aufmerksam zu machen, veranstaltete die Gewerkschaft im Jahre 2004 erstmals den „Freeters May Day“. Mittlerweile haben sich andere Gruppen angeschlossen und die Demonstration wurde in „May Day for Freedom and Survival“⁷ umbenannt. Am 1. Mai 2006 zog die Demonstration mit einem Soundsystem durch die Straßen von Tokio. Die Anzahl der TeilnehmerInnen war zwar recht übersichtlich, dafür war das Interesse der PassantInnen und der Presse an der Aktion jedoch umso größer.

Neue ArbeiterInnen, neue Identität?

Auf diese Weise ist in Japan eine Gewerkschaft entstanden, die sich als Teil des Netzwerks der radikalen antiautoritären Bewegungen versteht. Man könnte auch sagen, sie ist wiedererstanden, denn zu Beginn des letzten Jahrhunderts gab es bereits anarchosyndikalistische Gewerkschaften in Japan wie die Shinyūkai der Drucker und die Seishinkai der ArbeiterInnen bei den Zeitungen.

Die gemeinsame Basis der Mitglieder ist ihr Anti-Neoliberalismus und in der Kon-

⁶ Das Freeter Handbook kann von der Website der Freeter Union heruntergeladen werden.

<http://freeter-union.org/union/resource/freeter-handbook.pdf>. Aktuell ist lediglich eine Fassung in japanischer Sprache verfügbar.

⁷ Infos zum „Ersten Mai für die Freiheit und das Überleben“ gibt es u. a. bei: <http://mayday2007.nobody.jp/index-en.html>

sequenz Antikapitalismus, wie er auch im Selbstverständnis der Gewerkschaft formuliert ist. Einige Mitglieder der Freeter Union arbeiten in einer Gesellschaft für städtische Gemeinschaft und gegenseitige Hilfe mit, die sich „Dame-ren“ (Allianz der Verlierer) nennt. Sie entstand Anfang der 1990er in Tokio als Reaktion auf den „Jeder-ist-sich-selbst-der-Nächste“-Individualismus der 1980er. Die Allianz setzt sich z. B. für den gegenseitigen Zusammenhalt (koryu-suru) ein. Sie betrachtet das bloße Zusammenkommen als elementar wichtig, wie auch das Miteinander-Diskutieren über die alltäglichen Probleme, also auch darüber, warum man zu den „Verlierern“ gehört. Es geht der Dame-ren aber nicht darum,



Anlässlich eines Besuch eines FAU-Mitglieds bei der Freeter Union Fukuoka.

dass Einzelne hierdurch auf die Seite der „Gewinner“ wechseln, sondern um das kollektive Wachsen.

Die Mitglieder der Freeter Union haben keine einheitliche Weltanschauung. Sie verfolgen jedoch eine Linie, zu der die Ablehnung selbsternannter Avantgarden, die Zurückweisung jeder Art von Kontrolle durch Gewalt und die Entscheidungsfindung in basisdemokratischen (horizontalen) Strukturen gehört. Diese Kultur bestand schon vor der Gründung der Gewerkschaft. Sie entwickelte sich aus einer neuen kulturellen und politischen Identität, die bei vielen Jugendlichen in Folge des Platzens der ökonomischen Blase in den 1990ern Verbreitung gefunden hatte.

Im Japan der Nachkriegszeit wurden der ganzen Nation eine Reihe von Idealen aufgedrängt. Dazu gehörte es, einen

guten Universitätsabschluss zu machen, eine Führungsposition zu erreichen, früh zu heiraten, ein Auto und ein Haus in der Vorstadt zu kaufen, zwei Kinder zu bekommen usw. Das Erreichen dieser Ziele diente als Maßstab für den Platz in der sozialen Hierarchie. Heute sind diese Erwartungen in einem allgemeinen Klima der Krise schlichtweg absurd geworden und erscheinen der Jugend als grausame Fesseln.

Die neue Generation der Freeter stellt dieses Wertesystem, innerhalb dessen sie zu Verlierern abgestempelt und an den Rand gedrängt wurde, zunehmend in Frage. Indem sie dieses Wertesystem kritisiert, sucht sie mit ihrer Politik und

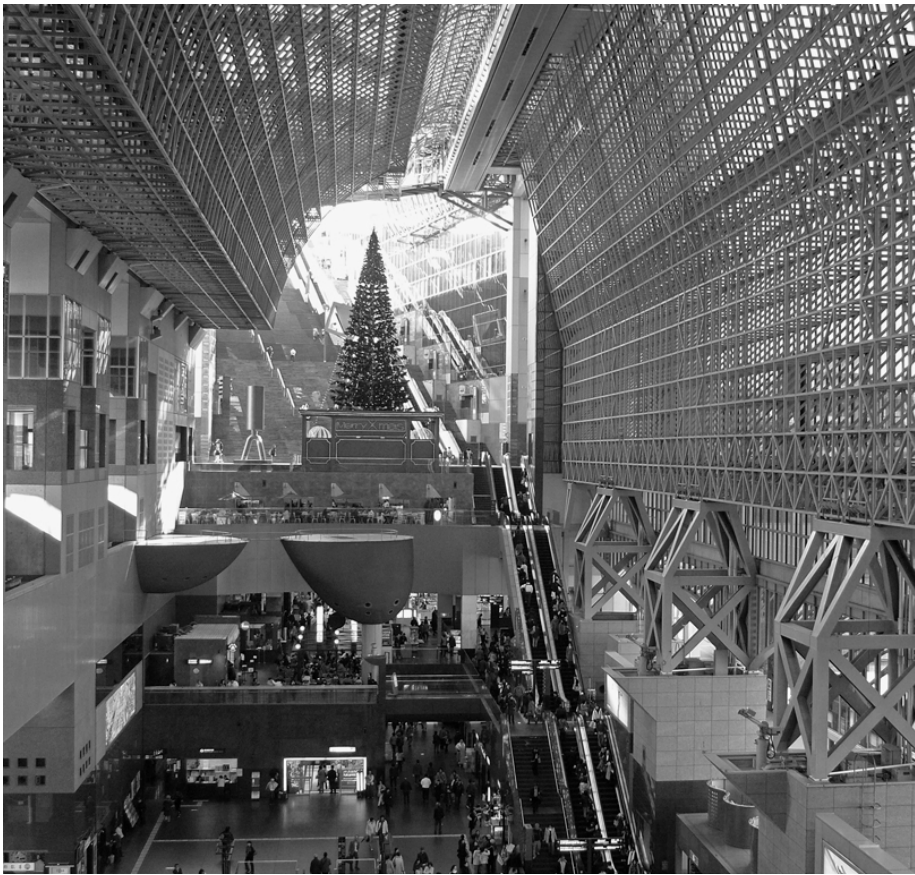
ihrer Kultur zugleich nach einem Weg, den alten Werten zu entfliehen. Die Generation der Freeter möchte den Geist der gegenseitigen Hilfe mit Leben füllen und pflegt die Ästhetik einer selbstgewählten Abkehr von den Marken-Idealen. Ausgehend von der kollektiven Diskussion hat sie begonnen, mit neuen Formen des Zusammenlebens und der gegenseitigen Hilfe zu experimentieren. Dies ist der geistige Hintergrund, vor dem in Japan eine neue Gewerkschaft aufgetaucht ist, um den Kapitalismus zu bekämpfen.

Sabu Kohso

Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst in „Industrial Worker“, der Zeitung der „International Workers of the World“ (IWW) und dann in der Direkten Aktion 187 (Mai/Juni 2008). Da aber hierzulande kaum etwas über die Situation der japanischen Freeter bekannt ist, drucken wir den Text nochmals ab. Der Text wurde von robot übersetzt.

Die öffentliche Mitwirkung

Kontrollverfahren oder Chance auf kollektive (Gesellschafts-)Entwicklung?



Der JR Central Tower in Nagoya (Japan) ist mehr Geschäft als Bahnhof.

Das Recht auf Beteiligung an der Planung des Raumes in dem wir Leben ist eine Analogie zur Politik. Ein Prinzip, welches sowohl in der libertären Gesellschaft als auch in der autoritären Demokratie und dem Nationalstaat Verwendung findet, bietet sich zu Kritik und Utopie an.

Begriffsdefinition „öffentlicher Raum“ und mögliche Beispiele

Das Recht an etwas mit zu wirken, das Recht auf Partizipation, gilt in der privaten Sphäre nicht. Wer bezahlt befiehlt. Im öffentlichen Bereich ist das Recht auf Partizipation dagegen ein Grundrecht, bzw. gar eine Pflicht. Das klingt, als ob es eine einfache Unterscheidung in öffentlich und privat gäbe. Privat lässt sich relativ einfach abgrenzen. Im Grossen und Ganzen ist ein privater Raum durch das Eigentumsrecht abgegrenzt. Umgekehrt funktioniert das nicht. Kollektive Eigentumsrechte an einem Platz gibt es nicht. So ist der Begriff des öffentlichen Raumes problematisch, eigentlich eine Leerstelle.

Seine Verwendung kann immerhin ein Begehren aufzeigen. Öffentlich beinhaltet offen, es beinhaltet den freien Zugang und eine Möglichkeit zur Partizipation. Der Begriff steht in einem zutiefst politischen Kontext. Doch welcher Ort erfüllt diese Kriterien? Städtische Plätze sind durch Regeln und Kontrollmechanismen umzäunt. Bildungsinstitute widmen sich der Elitekonstruktion. Bahnhöfe sind zu Konsumtempeln geworden. Einkaufszentren? Die konnten diesem Anspruch noch nie genügen. Wiesen und Wälder enthalten noch am meisten Aspekte der Definition. Doch gerade die Abwesenheit der Menschen, die Distanz zu den Zentren entkräftet das letzte Beispiel, denn diese Orte gehören selten zu den politischen Räumen, zu Orten wo politisiert wird. Auf der anderen Seite sind die öffentlich zugänglichen Orte in der Hand privater Institutionen oder in der Hand des Staates, die jeweils über Fragen der Sicherheit und der Zugänglichkeit bestimmen.

Wenn etwas als „öffentlich“ bezeichnet wird, ist also meist nicht der Ort an sich, sondern ein Zusammentreffen von Men-

Öffentlicher Raum?

Es stellt sich die Frage, wie sinnvoll eine Definition von „öffentlichem Raum“ ist, wenn in der Praxis keine Entsprechung gefunden werden kann. Aus meiner Perspektive macht eine Definition insofern Sinn, da der Begriff in der Alltagssprache häufig und wie selbstverständlich gebraucht wird. Eine konsensfähige Definition ist aber unwahrscheinlich.

Wenn ich diesen Begriff definieren müsste, lautete seine Bedeutung in etwa wie folgt: ÖFFENTLICHER RAUM ist ein Bereich in Siedlungen, er ist Teil des Humanraums. Er ist ein Ort, an dem Infrastruktur bereitgestellt ist, an dem Kollektivierungsprozesse stattfinden. Bedingung um öffentlich zu sein ist, dass keine Einschränkungen bezüglich potentieller Nutzer_innen existiert und die Mitsprache für alle erleichtert wird.

Gemäss dem ersten Teil der Definition ist der ganze Strassenraum, alle Plätze und so weiter öffentlich. Da aber in allen Fällen mehr oder weniger grosse Einschränkungen bezüglich der Nutzer_innen und deren Verhalten bestehen, sowie die Mitsprache an keinem dieser Orte gegeben ist, zeigt diese Definition, dass der Begriff so in einem utopischen Sinn verstanden wird. Er steht also eigentlich nicht für bestehende Orte, sondern für das Ideal der lokalen Aushandlung und Meinungsbildung. So ist letztlich ein Stammtisch ein öffentlicherer Ort als die Wandelhalle, das Parlament oder eben jeder Platz.

s.deo

schen gemeint. Als gemeinsamer Nenner öffentlicher Orte kann eigentlich nur das gehäufte Vorkommen von Menschen genannt werden. Wenn ich aber von einem öffentlichen Raum spreche, möchte ich das auch im politischen Kontext verstanden wissen. (siehe Kasten)

In diesem Sinne gab es in den letzten Jahren vermehrt Beispiele echter öffentlicher Räume, wenn auch nur temporär. Ich meine die Besetzungen „öffentlicher Orte“. In Bern zum Beispiel die Uni-besetzung, die Besetzung der kleinen Schanze für die Sanspapier-Anliegen

und Bleiberechtforderungen, sowie das Anti-AKW-Camp vor der BKW. Weltweit gibt es viel mehr Beispiele und natürlich auch viele grössere Beispiele. Trotz ihrer Illegalisierung durch staatliche Stellen, hatten sie alle Funktionen öffentlicher Räume übernommen. Der Platz wurde genutzt und mit einer Infrastruktur versehen, die es erlaubte Probleme zu analysieren, Meinungen auszutauschen, Positionen zu finden und gemeinsam Forderungen zu formulieren. Solche Plätze stellen eine Vermengung von politischer Meinungsfindung und alternativer Lebens- und Kooperationsformen dar.

Das Mittel zur kollektiven Aus- handlung in der Raumplanung

juristische Grundlagen

Der Spass während einer Platzbesetzung kann natürlich nicht im Gesetz verankert werden – oder? Diese Art des politisieren findet in der offiziellen Raumplanung also nur teilweise eine Entsprechung. Das Mitwirkungsverfahren erlaubt die Möglichkeit zur Meinungsäusserung bei einem Projekt. So werden die Bedürfnisse der Nutzer_innen und die breitere öffentliche Akzeptanz überprüft. Das Prinzip der öffentlichen Mitwirkung im Raumplanungsgesetz basiert auf dem BV-Artikel 147 zum Vernehmlassungsverfahren. In diesem Artikel ist aber nicht von der Öffentlichkeit die Rede, sondern Kantone, politischen Parteien und interessierte Kreise werden eingeladen. Damit wird die politische Struktur der Schweiz repräsentiert: Lokale und politische Verbände sowie Lobbygruppen.

Im Artikel 4 des Raumplanungsgesetzes wird nicht mehr von Vernehmlassung gesprochen, sondern von der Mitwirkung der Bevölkerung und den Bedingungen, welche in der Raumplanungsverordnung beschrieben werden. Die Regeln sind kurz und knapp, sie verknüpfen das Öffentlichkeitsprinzip¹ mit Mitspracherecht und Verfahrensaspekten, d.h. Pläne müssen für bestimmte Fristen öffentlich aufgelegt werden, ähnlich wie in jedem Baubewilligungsverfahren.

Anders als beim Baubewilligungsverfahren ist zum Zeitpunkt der öffentlichen Mitsprache der Planungsprozess noch nicht abgeschlossen. Je nach Ab-

sicht der Initiator_innen, könnte eine öffentliche Mitwirkung fast ganz am Anfang eines Planungsprozesses stehen. Bei der Etablierung von Naturparks² oder bei Infrastrukturprojekten in der Innenstadt, bei Projekten also deren Funktionieren von der Partizipation der Betroffenen abhängt oder bei Projekten die grosse Auswirkungen auf den Alltag der Menschen haben ist eine Ja-oder-Nein Abstimmung am Ende einer mehrjährigen Planungsphase sinnlos.

Konzept und Praxis der öffentlichen Mitwirkung

In der Planung gibt es eigentlich zwei Möglichkeiten um zu einem Ergebnis zu kommen. Entweder fragt man Ex-

Entscheidend sind hier der Zeitpunkt und die Bedingungen der Partizipation. Wenn Expert_innen ein Projekt geplant haben, ist es für Laien schwierig zu partizipieren. Die Äusserungen der Expert_innen sind in einem Jargon verfasst, der den Nutzer_innen nicht vertraut ist. Ihre Eingaben ans Projekt werden somit nicht als Ideen verstanden, sondern als Interpretation der getanen Arbeit. Gegen bezahlte Expert_innen, die zum Teil Jahre mit einem solchen Projekt verbringen haben Laien keine Chance. Wenn aber ihre Ideen eingeholt werden, bevor alles zu Ende gedacht ist, kann das Projekt auf diesen Ideen aufbauen und versuchen, den formulierten Bedürfnissen gerecht zu werden. Im Beispiel des Naturparks sind die Befragten



Der Bahnhof als öffentlicher Raum - Aktion für Erdogan E. in Bern.

pert_innen, was man braucht und wie es aussehen soll (wobei schon mal die Toiletten vergessen gehen können). Oder man fragt die Betroffenen. Ihre Anliegen und Bedürfnisse werden zur Ausgangslage eines Planungsprozesses gemacht. Die Hauptaufgabe ist die Koordination ihrer Anliegen, bis daraus ein ganzes Projekt entsteht. Für die Qualität eines Gebäudes braucht es Experten, die Fachwissen einbringen, es braucht aber ebenso die Meinung der Nutzenden.

letztlich nicht nur einfach Nutzer_innen, wie die Benutzer_innen der öffentlichen Verkehrsmittel, sie sind auch diejenigen Akteure, welche dem Projekt Gestalt verleihen. Daher gebietet es sich sogar für den autoritären Staat, die Betroffenen in die Ausarbeitung zu integrieren. Wenn dieser Prozess zu einem Konsens führt - so ist das in den offiziellen Planungsverfahren vorgesehen - stellt das eine Vorstufe für Kollektiveigentum in der Basisdemokratie dar.

¹ Die Arbeit der Ämter und Behörden ist im Grundsatz öffentlich, ihre Protokolle und Pläne sind, meist auf Anfrage, einsehbar. Wenn etwas nicht kommuniziert werden soll, kann aber jederzeit eine Geheimhaltung vorgeschrieben werden.

² Regionale Naturparks von nationaler Bedeutung sind bewohnte und benutzte Biosphärenreservate, die dem lokalen und nachhaltigen Wirtschaften und der Ökologie einen hohen Stellenwert beimessen. Das erste Beispiel in der Schweiz ist der Park im Entlebuch seit 2008 (UNESCO Biosphäre)

Eine allgemeine Praxis lässt sich natürlich nicht formulieren. Für eine fundierte Kritik muss eine genaue Analyse des Planungsprozesses und der Mitwirkung
(weiter auf Seite 12)

Mitwirkung (von Seite 11)

vorgenommen werden. Meine Erfahrung umfasst aber nur ein Verfahren mit der entsprechenden Genauigkeit. Bei diesem hat sich gezeigt, dass Diskussionen über technische Machbarkeit und Finanzierungszwänge auf der Prioritätenliste weit über den Meinungen der „Laien“ rangieren. Es gibt auch keine Akteure, keine Position im Gefüge, welche die Laien als Expert_innen der Nutzung verstehen und ihren Anliegen mehr Gewicht verschaffen können.

Fazit – wieso die öffentliche Mitwirkung trotz staatlicher Machtlogik eine gute Idee ist

Mein Fokus auf die öffentliche Mitwirkung basiert auf dem theoretischen Potential und

auf der prinzipiellen Nähe einer gegenwärtigen Praxis mit der utopischen Vorstellung eines zukünftigen Gesellschaftsentwurfes. Es geht also nicht nur darum, dass die Idee anziehend ist, sondern dass es in unserer Gesellschaft Gesetze gibt, die eigentlich genau dies fordern. Das Gesetz ist natürlich nicht essentiell, die Idee dahinter schon. Gerade bei partizipativen Praxen ist die Intention entscheidend. Wer will, dass die Meinungen der Betroffenen gehört wird, der hat die Möglichkeit, wer nicht will, kann daraus auch ganz pragmatisch eine Verifizierung der eigenen Arbeit machen. In erster Linie kann geschaut werden, ob noch Ideen auftauchen, die das eigene Projekt verbessern – natürlich direkt verbessern und nicht nur eine gute Idee beisteuern. Auf der anderen Seite kann in einem Rechtsstaat damit auch herausgefunden werden, welche Aspekte zu Konflikten

führen, bzw. da es die Möglichkeit der Einsprache gibt, wo solche erfolgen werden. Mit diesem Wissen können solche Punkte erstens kommunikativ entschärft werden, durch ein Mehr an Argumenten oder durch das Verstecken dieses Aspektes hinter einem Wust von Floskeln. Das Ganze dient also nur als Überprüfung der eigenen Arbeit und als Schmiermittel für eine schnelle und problemlose Umsetzung.

Durch diese Sichtweise lassen sich am Thema öffentliche Mitwirkung viele zentrale Aspekte für die weitere Gesellschaftsentwicklung diskutieren. Das Beispiel der Platzbesetzung zeigt auch die gegenwärtige Relevanz und erlaubt einen Blick in die Zukunft. Lasst uns immer mehr Plätze aneignen und zum Ausgangspunkt der neuen Gesellschaft machen!

s.deo

Kritik und Utopie

Eine Leseempfehlung zu Ernest Callenbachs Ökotopia

Zwei Wege führen in die Zukunft. Einer ist mit der Kritik an der Gegenwart gepflastert, der andere führt durch den Nebel der heutigen Utopien für Morgen. Endlos über die Nörgeleien anderer stolpern oder sich im dichten Nebel durch einseitige Sichtweisen kämpfen. Zum Glück sind solch oppositionelle Duelle aus der Nähe betrachtet nicht gerade realistisch. Die Antiken hatten schon Recht, alle Wege führen nach Rom. Vielleicht müssen auch alle beschritten werden um im Herzen der Utopie anzukommen.

Das Beispiel Ökotopia

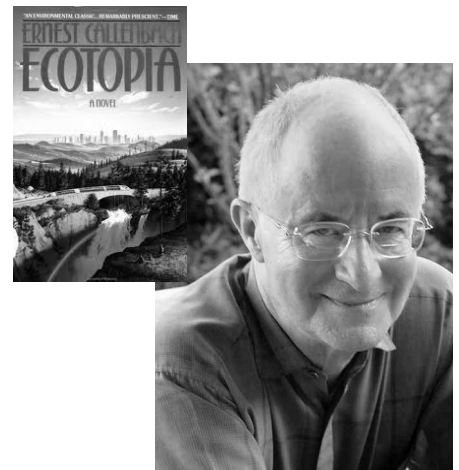
Einer dieser Pfade beschreitet Ernest Callenbach¹. In seinem Geschichtsverlauf spaltet sich die USA 1980 in zwei Teile. 1999 macht sich der Journalist William Weston, halb im Auftrag der Regierung, halb als Beschäftigter des Verlages, aber vor allem aus persönlichem Interesse, auf den Weg in den Westen der USA. Er will untersuchen, welchen Entwicklungsweg Ökotopia, so bezeichnet sich dieser Staat selber, begangen hat. Denn mit der Spaltung war eine radikale Nachrichten- und Informationssperre der Rest-USA verbunden. Die Null-Kontakt-Politik wird noch gefördert durch abstruse und haar-

sträubende Gerüchte, die im Umlauf sind. Weston will diesen nachgehen, um die Absurdität der alternativen Gesellschaft, ihre Grausamkeit und Unmenschlichkeit zu demonstrieren.

Die Reise beginnt mit grossem Widerwillen und starken Vorurteilen. Jedes Ding, jede Technik oder Andersartigkeit wird von Weston kritisiert und als absurd dargestellt. Zu Beginn ist die Skepsis Westons nervend, aber auch seine einzige positive Eigenschaft. Dadurch gelingt ihm ab und an ein etwas weniger voreingenommener Blick. Er wird dadurch nicht zum Sympathisanten, ist aber bereit laufend seine tradierten (kapitalistisch-autoritären) Perspektiven zu hinterfragen.

Weston schreibt kleine Artikel und Tagebucheinträge, anhand derer wir ihn durch einen Monat in Ökotopia begleiten. Das Muster ist eine vorangehende Ablehnung, ein skeptischer Blick, der nicht nur negatives offenbart und sich manchmal gar in ein Lob hinein steigert, und doch immer wieder weitere Fragen und ein grosses Unverständnis bezüglich der Gesamtkomposition offenbart.

Die im Buch dargestellte Geschichte soll hier nicht vorweg genommen werden. Doch möchte ich der Vollständigkeit halber einige Ideen aufführen, denen Weston in der anderen Gesellschaft begegnet.



Ernest Callenbach und sein Buch

Der Name Ökotopia ist Programm. Die zentrale Utopie, welche Callenbach diskutiert, sind ökologische Forderungen der Nachhaltigkeit. Der Produktionsprozess in Ökotopia muss den Abbau mit einschliessen. Kunststoffe brauchen ein Verfallsdatum, und zwar keines das die Gefahr für den Menschen bezeichnet, sondern eines, das die Lebensspanne des Produktes beschränkt. Energieproduktion und Nahrungsgewinnung, Lebensformen und Ähnliches wurden unter diesem Vorzeichen neu durchdacht.

Forschung und Bildung werden nicht dem Kapitalgewinn verschrieben, sondern den Ansprüchen und Nutzen der Menschen, inklusive aller zukünftiger Generationen. Autonomie in der Gesell-

¹ Callenbach, Ernest 1982: Ökotopia, Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999. Berlin: Rotbuch Verlag. (Org.: Ecotopia. 1975. New York)

schaft ist in einer liberalen Sichtweise dargestellt. Callenbach beschreibt sie als eine Selbstverwirklichung, die sich auf die Sozial- und Eigenverantwortung bezieht. Er will zwischen diesen Positionen vermitteln. Er zeichnet aber auch in der Gesellschaft neue Kooperationsformen auf, neue Formen des Zusammenlebens und der Konfliktlösung, die aus einer sozialen oder kollektivistischen Logik abgeleitet sind.

Die Utopie von Callenbach ist sicher nicht eine kollektive Verantwortungsabgabe. Sie enthält auch keine Planwirtschaft oder ähnliches. Die Details der Gesellschaftsorganisation werden nicht so dargestellt, dass es ein logisches Ganzes ergibt. Weston ist ein normaler Journalist, er ist nicht in der Lage einfach eine Vogelperspektive einzunehmen und alles in seinem logischen Zusammenhang zu sehen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Ökotope von der Utopie eines Thomas Morus oder ähnlichen. Die sowohl den Beobachtenden Besucher_innen ein volles Verständnis erlauben, als auch die Bevölkerung dermassen emanzipieren, dass alle in der Lage sind die Gesellschaft zu erklären. Gesellschaft ist komplex, daran lässt Callenbach keine Zweifel. Die Leser_innen müssen sich selber in die Materie hinein versetzen und überlegen, welche Bedürfnisse und Moralvorstellungen ihnen wichtig sind, und wie diese umgesetzt werden können.

Aus der ökonomischen Perspektive scheint grundsätzlich ein Grundeinkommen gewährleistet zu sein, Kapital und Kapitalismus ist an und für sich nicht abgeschafft. Obwohl in meinen Augen nicht ganz eindeutig, enthält dieser Entwurf so etwas wie eine Moral Economy², welche den Kapitalismus beibehalten kann, wenn auch unter ganz veränderten Umständen. Viele weitere Themen sind angesprochen und bieten interessante Vorschläge oder einfach nur schon ein Problembewusstsein.

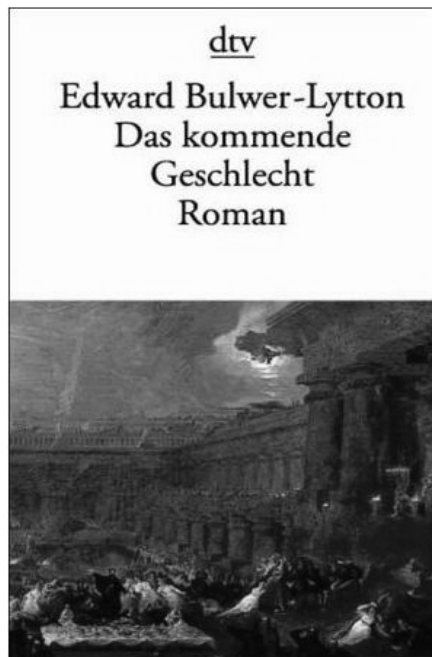
Utopismus und politische Lager

Eine einfache Einordnung nach politischem Lager ist nicht eindeutig. Die

² Der Begriff der Moral Economy basiert auf dem Glauben, dass mit moralischen und ethischen Rahmenbedingungen die Unmenschlichkeit des Kapitalismus verhindert werden kann. Vertreter_innen dieser Sichtweise glauben, dass der Kapitalismus so umgebaut werden kann, dass er nur die positiven Aspekte enthält. So soll er letztlich der Massenverwaltung der Menschheit dienen, jedem erlauben sein Potential auszuschöpfen und eine gerechte Gesellschaft zu leben... Träumt schön weiter!

Ideen, die der Autor vertritt, würde ich in einem liberalen Lager verorten, sind also nicht gerade libertär. Das Buch soll unter anderem die grüne Partei Deutschlands beeinflusst haben. Dies passt zum Inhalt. Ein Artikel des Spiegels von 1992 stellt ein linke und eine rechte Utopie gegenüber. Da ein Beispiel von Ursula K. LeGuin stammt, welche mit ihrer Utopie „Planet der Habenichtse“ eindeutig im libertären Lager zu verorten ist, scheint Callenbach der Ruf anzuhängen, dass er eine rechte Utopie geschrieben hat.

Diese Frage will ich aus dem Buch heraus nicht beantworten. Einerseits weil ich nicht in der Lage bin eine eindeuti-



ge Interpretation zu liefern, andererseits weil die Antwort keine tiefere Einsicht bietet. Vielmehr geht es um die Frage, wie dogmatisch utopische Ideen in einem anderen Zusammenhang interpretiert werden können und wie weit damit noch eine eindeutige Einordnung in die gegenwärtige Gesellschaft verbunden ist. Sind Utopien dazu da, die diversen Stränge in Geschichte und Gesellschaft neu zu verknüpfen, bestehende Selbstverständnisse zu hinterfragen? Oder darf gerade in einer Utopie nicht einfach etwas böses zu etwas gutem gemacht werden, oder darf ein Feindbild in der Utopie nicht mehr so stark herausgearbeitet werden? Kapitalismus ist böse, aber ist damit jegliche Geldwirtschaft, jegliches Akkumulations- und Distributionssystem gemeint?

Beim ersten Lesen hatte ich auch meine Zweifel an der Umsetzbarkeit seiner Darstellungen, doch ging es mir nicht darum die ideale Utopie zu lesen, welche

alle meine Überlegungen beendet und einen logischen Plan für den Umbau der Gesellschaft darlegt. Mir ging und geht es immer wieder darum, veränderte Vorzeichen und alternative Wirkungsweisen durch zu denken.

Eine Utopie ist für mich also nicht nur ein Instrument zum Denken und Darstellen des GUTEN, Utopien sind in erster Linie mal Variationen der Gesellschaftskonstellation. Klar sind diese mit dem Ansatz einer Kritik und einer Utopie ausgewählt, doch nicht als DIE Kritik oder eben DER Gegenentwurf. Callenbach lässt Weston einen Lernprozess durchlaufen, der ein ähnliches Selbstverständnis darstellt. Ob auch ihr dieser Meinung seid, eure Interpretation und Kritik würde ich gerne erfahren. Letztes Jahr haben sich einige Diskussionen um diese Fragen gedreht. Aber auch um den scheinbaren Gegensatz von Kritik und Utopie.

Ich selber bin klar ein Utopist, weil ich darauf bestehe, dass Utopien als kritische Auseinandersetzung zu betrachten sind. Meiner Meinung nach steht hinter jeder Utopie eine Kritik, und mit dieser Meinung bin ich nicht allein. Klassische Muster in Utopien sind eine Kritik an der Gegenwart der eigenen Gesellschaft, verbunden mit einer Darstellung, wie es besser sein sollte. Dabei begleiten die Leser_innen eigentlich immer Besucher_innen von ausserhalb. Diese sind mit demselben Auge versehen, wie die Lesenden. Sie reagieren mit demselben Erstaunen, mit denselben Fragen und Ablehnungen. Schritt für Schritt lassen sie sich von der Utopie überzeugen, manchmal sind sie auch schon nach wenigen Minuten den Ideen verfallen. In ganz seltenen Fällen sind sie aber auch nur von der Stärke und Kraft überzeugt und fürchten um die Vergänglichkeit der eigenen Gesellschaft, wie zum Beispiel in „Das kommende Geschlecht“³ von Edward Bulwer-Lytton.

Das Ziel ist ein kleiner Aufruf: sende uns deine Meinung zu, als Rezension zu einem Artikel oder direkt zu einer Utopie, oder auch einfach nur als eure Meinung zur Diskussion über Kritik oder Utopie.

s.deo

³ Im kommenden Geschlecht entdeckt ein Minenarbeiter eine unterirdische Zivilisation, die der Menschheit weit voraus ist, sowohl technologisch als auch sozial und politisch. Speziell wird die Rolle der Frau hervorgehoben, welche in der subterranean Gesellschaft die führende Rolle übernimmt. Sowohl in der Liebe als auch in der Gesellschaft. Bei einem Autor von 1870 die Frauen nicht nur als gleichberechtigt, sondern auch als körperlich stärker beschrieben zu sehen, muss leider als Ausnahmerecheinung dargestellt werden.

Barrikaden-Michi

wenn man durch den langen tunnel
fährt und hofft die ganze sache
fällt einem nich auf den kopf dann
sind wir doch alle froh dass die
kumpels damals so stabil gebaut haben

und ein stossgebet an alle jene die
damals krepirt sind während dem
bau und nachher während dem
streik

auf der andren seite kommt einem
die sonne des sonnigen südens
entgegen wenn auch etwas verhärmt
von den heimligen bergen des
tessins

aber unten in der ebene richtung
locarno wärmts mir das herz
komm ich doch meinem alten
kumpel michail bakunin auch
bekannt unter dem namen
barrikaden michi oder etwas
salopper
container rum schiebe mops
näher

ich weiss schon container ist
schon n' bisschen respektlos
für den alten burschen aber
ich hab den namen nicht er
funden sondern ein anderer namens
murks oder so besser bekannt
unter dem namen
intriganten karlle

aber was soll's

wir beide sind ein einge
fleischtes team
jungs mit biss und hart
im nehmen

auch wenn wir jetzt mehr
mit unsrer senilität zu
kämpfen haben als mit dem
muskeltater vom barrikadenbau

wie ich so geblendet von der
sonne des sonnigen südens aus
dem fenster schau fällt mir auf
das es wieder zu regnen beginnt
als doch ein bisschen schlaf

bis zur baronata und dem
träumen von der ewigen

revolte

von: Hans Marchetto

Schweiz

Schweiz, du Hort von Maggi-getränkter Gemütlichkeit
Du Land von rotweiss karierten Vorhängen in sonnenverbrannten Holzhütten,
die oben in den Bergen in tiefem Schnee versinken
Du Hort von Geld und -wäsche
Du Land von guten Reichen und bösen Armen
Du Land des „alles für uns und nichts für euch“
Schweiz, du Hort von Kleinbürgertum
du Garant von Hochsicherheit in Banken und Alltag
Schweiz, du Liebhaberin der Freiheit, die du in deinen Armen erdrückst
Schweiz, du rechtsradikaler Anachronismus auf der Höhe der Zeit
Du Volk von einig Schafen, das du immer stimmst wofür dein Chef ist
Schweiz, du tolerantes christlich-konservatives VATERland
Schweiz von quadratischen Kreuzfahnen
Schweiz von grünen Hügeln in zwei Grüntönen
hinter denen eine fahnenschwingende Sonne aufgeht
Du diese widerliche Schweiz:
Halt's Maul!

von: Niedźwiedzek

Recht sprechen

Der Staat lässt über die Demonstranten hart Recht sprechen
Denn mit den neuen Schlagstöcken lassen sich Knochen so schlecht brechen

von: Niedźwiedzek

Hier ist leer, weil dein Werk fehlt!
Schick uns deinen Text, dein Cartoon oder dein Bild zu (zeitung@faubern.ch)

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

Ein lesenswertes Einstieger_innenbuch „Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung“

Bereits Ende letzten Jahres erschien im Wiener Promedia Verlag ein Buch, welches selbstermächtigte Arbeitskämpfe in verschiedenen Ländern gegenüberstellt. Fünf Autoren beschreiben die aktuellen Kämpfe in Frankreich, Deutschland, Österreich, Serbien und der Schweiz und versuchen, die Unterschiede in Form und Heftigkeit dieser Kämpfe von einer geschichtlichen Sichtweise aus zu erklären. Das Buch ist deswegen in fünf Teile, die je ein Land behandeln, plus ein Vorwort gegliedert.

Im Vorwort umreist die Herausgeberin Anna Leder den neoliberalen Angriff auf die Arbeiter_innenschaft. Sie spricht von Auslagerungen, von der Durchsetzung der Temporärarbeit und der damit verbundenen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Dann kommt sie auf eine der Hauptgründe dieses Prozesses zu sprechen: Der (selbstverschuldete) Niedergang der Gewerkschaften. Diese haben sich den Arbeitgebenden angedient, sind dann auf deren Gewinn- und Standortdenken hereingefallen und lassen sich mehr und mehr als Interessensvertreter der Stammebelegschaften gegen die Temporären ausspielen. Die (Zentral-)Gewerkschaften geraten also „in immer unauf löslicheren Widerspruch zu ihrer ursprünglichen Aufgabe, nämlich als kollektive Organisation die Lohnabhängigen [...] zu schützen.“ Diese Feststellung teilen die Autoren in diesem Buch (zu recht). Im ersten Teil des Buchs beschreibt

Christian Frings dann „autonome Klassenkämpfe in Deutschland mit Blick nach Frankreich“, welcher wie drei der anderen Beiträge weit ausholt um die heutige Situation zu beschreiben. Das Aufrollen der Geschichte beginnt nach dem zweiten Weltkrieg (Im Aufsatz zur Schweiz beginnt Rainer Thomann bereits Ende des 19. Jahrhunderts). Dies hat bei allen Autoren den selben Vor- und Nachteil: Für Leser_innen, welche sich mit der Arbeits- und Arbeiter_innengeschichte eines Landes nicht auskennen, bietet das Buch daher einen guten Zugang. Denk- und Verhaltensmuster der Zentralgewerkschaften und einzelne regionale Unterschiede in Kampfzielen können so nachvollzogen werden. Für diejenigen welche sich bereits auskennen, bietet das Buch aber kaum neues. Es werden zwar einzelne und vor allem neuere Beispiele, wie der Streik bei der österreichischen Bahn, herausgearbeitet, doch oft bleibt es leider bei groben Skizzen der Kämpfe.

Das Buch bietet also einen guten Überblick über einige der jüngeren, selbstermächtigten Arbeitskämpfe und deren Geschichte. Etwas mehr Beispiele wären wünschenswert, aber dennoch ist das Buch sehr lesenswert.



Zum Buch:

Autor: Leder, Anna (Hg.)
Titel: Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung. Kollektive Gegenwehr in Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Österreich und Serbien

andere Angaben: Promedia Verlag Wien, 2011
224 S., 25.-
ISBN 978-3-85371-333-4

erhältlich über die FAU Bern (info@faubern.ch)

Veranstaltungshinweis:

Eine **Lesung** des Buchs mit Rainer Thomann und Christian Frings findet am 22. März um 19:30 im Casa d'Italia statt.
Adresse: Bühlstrosse 57, 3012 Bern,

Schon wieder
**Montag
Morgen?**

www.chefduzen.ch



smf



abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 50.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 25.- oder mehr)
- Ich möchte folgende Anzahl Ausgaben von di schwarzi chatz abonnieren (6x1 Ausgaben für 25.-, 6x1 mit DA 50.-, je weiteres Exemplar schwarzi chatz 5.-).
Anzahl:

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

Über uns...

Das Ziel der AnarchosyndikalistInnen ist eine ausbeutungsfreie, herrschaftslose und auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft.

Wir denken, dass es unmöglich ist, unsere Interessen mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie zum Beispiel von Parteien, Kirchen und reformistischen Gewerkschaften betrieben wird, durchzusetzen. Daher lehnen wir die Vertretung unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da es in solchen Organisationen immer ein Machtgefälle zwischen „einfachen“ Mitgliedern und der Zentrale gibt.

Uns schwebt viel mehr eine Föderation lokal verankerter Gewerkschaften ohne FunktionärInnen vor, die allen, die ihre Dienste nötig haben, Hilfe zur Selbsthilfe bietet.

Um unsere Ziele durchzusetzen, dienen uns die Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Streiks, Besetzungen, Boykotte, etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit ab. Alle, die in diesem Sinne mitarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem zieht seine Macht aus der Kontrolle über die Produktionsmittel und aus der tagtäglichen Ausbeutung der Arbeitenden. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus an seiner Wurzel. Damit die Kämpfe Erfolg haben können, müssen sie aber mit Kämpfen in anderen gesellschaftlichen Bereichen verknüpft werden.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an: info@faubern.ch.

Die Zeitung betreffende Kommentare und Ähnliches an: zeitung@faubern.ch.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.



Kündigung

Das OR sieht einige wenige Schutzmassnahmen vor, bei einigen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sind Zusatzbestimmungen festgehalten, die ein wenig mehr Schutz bieten.

Kündigungsfrist

Im Allgemeinen gelten folgende Fristen:

Probezeit	7 Tage
1. Dienstjahr	1 Monat
2.-9. Dienstjahr	2 Monate
ab dem 9. Dienstjahr	3 Monate

Ein GAV oder ein Einzelarbeitsvertrag kann kürzere Kündigungsfristen festlegen. Ab dem 2. Dienstjahr muss aber eine Frist von einem Monat festgehalten werden.

Fristlose Kündigung

Wenn aus bestimmten Gründen ein weiteres Arbeitsverhältnis unmöglich ist, kann von beiden Seiten her eine fristlose Kündigung ausgesprochen werden. Grund dazu ist ein vollkommener Vertrauensverlust z.B. wenn der Lohn auch nach Setzen einer Frist nicht ausbezahlt wird, wenn bei einer massiven Belästigung die Arbeit unzumutbar wird oder von Seiten des Betriebs, bei Diebstahl oder Verrat von Geschäftsgeheimnissen.

Wenn du eine fristlose Kündigung anfechten willst, solltest du dies dem Arbeitgeber sofort in einem eingeschriebenen Protestbrief mitteilen und gleichzeitig deine weitere Arbeitsbereitschaft signalisieren.

Kündigungsgründe

Du kannst einen Schadensersatz einfordern (Lohn während der ordentlichen Kündigungsfrist), sowie eine Entschädigung von bis zu 6 Monatslöhnen, wenn die Kündigung missbräuchlich war.

Auch wenn du selbst fristlos kündigst, weil der Arbeitgeber das Vertrauensverhältnis komplett zerstörte, kannst du einen Schadensersatz (Lohn bis Ende Kündigungsfrist) einfordern.

Kündigungsverbot und Sperrfristen

Es gibt bestimmte Sperrfristen, während derer dein_e Arbeitgeber_in dir nicht kündigen darf:

- Militärdienst, Zivildienst, Zivildienst
- Vollständige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit

higkeit (Krankheit, Unfall):

- 1. Dienstjahr 30 Tage
- 2.-5. Dienstjahr 90 Tage
- 6. Dienstjahr 180 Tage

- Schwangerschaft und bis 16 Wochen nach der Geburt.

Missbräuchliche Kündigung

In folgenden Fällen kann eine Kündigung als missbräuchlich erachtet werden und zum Einfordern einer Entschädigung im Wert von maximal 6 Monatslöhnen berechtigen:

- Kündigung aus einem Grund, der in der Persönlichkeit begründet ist (Geschlecht, Alter, Herkunft)
- Kündigung wegen eines in der Verfassung definierten Rechts (inkl. gewerkschaftliche Tätigkeit)
- Kündigung weil der Arbeitgeber den/die ArbeitnehmerIn daran hindern will, von einem Recht Gebrauch zu nehmen (z.B. Mutterschaftsurlaub)
- Racheündigung nachdem von einem Recht Gebrauch gemacht wurde.
- Kollektive Kündigung, die weder den ArbeitnehmerInnen noch dem Beco mitgeteilt worden ist (in diesem Fall kann die Entschädigung nicht höher als 2 Monatslöhne sein).

Massenentlassung

Bei einer Massenentlassung muss der/die ArbeitgeberIn die Belegschaft im voraus schriftlich über die Gründe und die Zahl der Entlassungen informieren und die Belegschaft muss die Möglichkeit haben, Vorschläge zu machen, wie die Kündigungen vermieden oder ihre Folgen gemildert werden können. Es gibt aber im Gesetz keine Pflicht, dass der/die ArbeitgeberIn mit der Belegschaft einen Sozialplan oder sonst etwas aushandeln muss. In einigen GAV gibt es dazu Regelungen.

Ausserdem muss der/die ArbeitgeberIn das kantonale Arbeitsamt ebenfalls im voraus schriftlich informieren. Wenn der Arbeitgeber diese Informationspflicht verletzt, sind die Kündigungen missbräuchlich.

Das Gesetz definiert eine Massenentlassung je nach Betriebsgrösse:

- Kleinbetrieb (20-100 ArbeiterInnen):
10 Entlassungen
- Mittelbetrieb (100-300 ArbeiterInnen):
10% der Belegschaft
- Grossbetrieb (über 300 ArbeiterInnen):
mehr als 30 Entlassungen

Kontakt

FAU Bern
www.faubern.ch
info@faubern.ch

Initiative FAU Zürich
www.fauzuerich.ch
info@fauzuerich.ch

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch